

zur haben in unzähligen Betriebs- und Gewerkschaftssammelungen und in gewaltigen Demonstrationen diesen Ruf zum gemeinsamen Kampf aufgenommen und verhörlt. In zahllosen Orten ist die KPD an die Gewerkschaftsführer wegen Bildung der gemeinsamen Kampffront herangegangen. Die Einzelnen für die gewerkschaftlichen Kunden haben dabei, besonders in Berlin, gezeigt, daß trotz der offiziellen und provokatorischen Ablehnung kommunistischer Redner, die großen Massen in den gemeinsamen Kampftrudern einstimmten.

Aber die reformistischen Gewerkschaftsführer wollten die Organisierung der gemeinsamen Kampffront nicht. Sie wollten keinen Druck der gewerkschaftlichen Massen auf die Rother-Regierung organisieren. Sie beschieden sich ausschließlich mit parisiernen Erklärungen, derweil die SPD-Führer im Reichstag sich in schönen Reden übten und soziale Opposition markierten. Als die Entscheidung über den Zollwucher unmittelbar bevorstand, bat unsere Fraktion auch im Reichstag noch durch ein direktes Angebot die SPD-Führung vor die Frage der entschloßenen, rücksichtslosen Opposition gestellt. Die SPD-Führung, die durch Hermann Müller den deutsch-nationalen Bizepräsidienten Brötz zu dem politischen Hinauswurf kommunistischer Abgeordneter animierte und ihm dabei schwärzliche Misslizenzen leistete, das aus das Angebot unserer Fraktion überhaupt nicht geantwortet. Sie schwärmten geheimnisvoll herum, daß sie im letzten Augenblick doch noch durch parlamentarische Obstruktionsmittel das Zustandekommen des Zollwuchergerüsts verhindern würden und ihre ganze Opposition bestand schließlich nur in einem flüchtigen Hinauslaufen, wobei sie wußten, daß ihre demokratisch-christlichen Reichsbannerkameraden durch passiv und aktive Teilnahme an der Schlussabstimmung den Rücktritt sichern würden. Jeder kommunistische Besuch, SPD-Abgeordnete weniger zu einem entschloßenen parlamentarischen Widerstand zu bringen, war damit zum Feindschlag verurteilt — und fehlt jammern die Müller-Hilferding und Stampfer in ihrem „Vorwärts“ über Niederlagen, unerhörte Niederlagen, die sie selbst dem deutschen Proletariat beigebracht haben. Jämmerlicher ist nie die Kraft einer Arbeiterklasse und ihrer mächtigen Gewerkschaftsorganisationen verian worden.

Jetzt also, nach der Niederlage, hat der hohe Rat des ATGB getagt und etwas von sich gegeben, was der „Vorwärts“ mit vollen Fästen als ein Kampfprogramm hinauspostaunt. Jetzt, da der Raubzug durchgeführt wird, Preisstreberei und Teuerung einzehen. — Jetzt geben die Gewerkschaftsführer die beherrschende Lösung des „Kampfes um die Goldlohnhöhe“ heraus. Welch weiser Weisheitung die überseuen Instanzen doch häufig sind. Sie fordern nicht Friedensstabilität, die bei der fortstreitenden Teuerung als Mindestforderung gelten müßten. Goldlohn kann gegenüber dem Friedensstalllohn sogar eine Lohnherabsetzung bedeuten.

Nur dem Kapitalismus nicht wehe tun! Goldlohnshöhe, das gibt so schön die Möglichkeit, den einzelnen Arbeitsgruppen, manchmal denen mit Spitzenlöhnen und manchmal auch den Ungelernten, vorzurechnen, wie es doch möglich sein müßte, die Differenz zwischen dem schlechten und dem Goldlohn, durch Verhandlungen, durch Schlichtungsverfahren und Schiedspruch, nach und nach heranzuholen. Goldlöhne für jeden Beruf auszurechnen, das gibt so schöne Möglichkeit, jede Gruppe für sich zu behandeln und ihren Kampfwillen abzuwürgen. Das ist das Gegenteil der Vereinheitlichung der Lohnbewegungen. Das heißt von vorherein Zerplötterung. Es wird ausdrücklich im „Vorwärts“ erläutert, daß die Einleitung und Führung der Kämpfe Soche der einzelnen Gewerkschaften ist.

Die Gewerkschaftsführer wissen, daß die durch Steuer- und Zollwucher einsekende Versteuerung der Lebensmittel und notwendigsten Bedarfsgüter das Proletariat schwer trifft. Es kommt deshalb alles darauf an, dielem Plünderungsfeldzug einheitlich in geschlossener Front entgegenzutreten. Daß das der ATGB nicht will, zeigt die böse Tatsache, daß in ausgerechnet dieser Bundesauskunftsstelle Dihmann mit seiner Forderung nach Industrieverbänden ganz isoliert wurde. Aber die Lasten der Verbrauchssteuer, der Reparationszahlungen, des Lohnabzuges und insbesondere der drohenden unerhörten Mietehebungen, sind so gewaltig, daß nur durch einheitliche große Lohnkämpfe in stürmischem Tempo, nur durch planmäßiges Einfügen der gesamten Kräfte der Arbeiterschaft, ein zeitweiliger Ausgleich erreicht werden könnte.

Wir wissen, daß nur durch Stärkung der Gewerkschaften und Aktivierung der Massen möglich ist, aber wir wissen auch, daß es nur gegen den Willen der jüngsten Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden wird. Deswegen: Herein in die Gewerkschaften, vorwärts für die Einheit! Breite den Einfluß der reformistischen Führer. Schafft die proletarische Klassenfront! Erzwingt gemeinsame proletarische Aktionen gegen die Ausdeuterpolitik der Zoll- und Steuerräuber.

## Gegen Zolltrags- und Optantenhebe

Berlin, 19. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern, Dienstag abend, fand eine deutsch-polnische Arbeiterkundgebung gegen Zolltrags- und Optantenhebe, einbezogenen der KPD, statt. Referent war der oberschlesische Genosse Jadaš. Er führte aus:

„Bis 1922 haben 15.000 polnische und deutsche Proletarier durch die deutsch-polnische nationale Hebe und durch demokratische Kämpfe ihr Leben lassen müssen. Die Bourgeoisie denkt die nationale Frage zur Verhetzung der Proletarier gegeneinander. Für die Bourgeoisie ist die nationale Frage ausschließlich bestimmmt durch Profitinteressen. So hat z.B. der ehemalige deutsche Fürst Pleß aus Profitgründen die polnische Nationalität und sogar polnischen Namen angenommen. Das willlich selbstständige Recht der Nationalität wird nur durch die kommunistischen Weltparteien vertreten. In Sowjetrußland leben 28 Nationalitäten, sich selbst bestimmt, friedlich zusammen. Die endgültige Lösung der nationalen Frage ist nur möglich durch die proletarische Revolution wie in Rußland. Die gegenwärtige Optantenausweisung ist ein Bestandteil der nationalen Verhetzung. Zu den wieder Ausgewichenen 10.000 sollen noch weitere 15.000 hinzukommen. 55 Millionen Mark wären zur Wohnungsbeschaffung für die Optanten nötig. Aber die deutsche Regierung hat dafür keinen Pfennig. Schon im Juni hat die KPD entsprechende Forderungen im Reichstag eingebrochen.“

Indes! Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach ein Jugendgenosse über die Verfolgung der polnischen jugendlichen Arbeiter durch den weißen Terror. Ein Sohn, preußischer Staatsangehöriger, pole missterte gegen die kommunistische Politik. Polnische Arbeiter appellierten an städtische Solidarität der deutschen Arbeiter. Eine Protestresolution gegen den weißen Terror in Polen und gegen das Schandgerichtsverfahren gegen die drei polnischen Genossen Blasius, Kielowka und Ruskowska wurde angenommen und an die polnische Gesandtschaft in Berlin gerichtet. Ein Begrüßungs-

Mitglied am die drei polnischen Genossen wurde angenommen und abgelöst.

Die Rote Fahne beschreibt heute einen gemeinsamen Aufruhr vom Zentralkomitee der KPD und der KP. Polens gegen die Optantenehe und gegen deutsch-polnischen Krieg. Die Rote Hilfe Deutschlands und die kommunistische Reichs- und Landtagsfraktion sandten Protesttelegramme an die Reichs- und Landtag. Regierung, wortlose Aufhebung des Schandgerichtsverfahrens gegen die drei polnischen Genossen gefordert wird.

## Faschistische Ausschreitungen in Wien

Wien, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Heute abend veranstalteten die Salzburgerjugend zusammen mit den Christlichsozialen eine antisemitische Demonstration, bei der es zu den wilden Ausschreitungen selbst gegen Frauen kam. Die Polizei nahm sich äußerst milde. Die Demonstration richtete sich gegen den gegenwärtig laufenden Blaukostengang und war anfangs verboten, wurde aber auf Wunsch von christlichsozialen Abgeordneten gestattet.

Wien, 18. August. (Telunion.) Nach dem Polizeibericht über die gestrigen Unruhen in Wien haben sich in einzelnen Stadtteilen förmliche Kämpfe abgespielt. Beim Burgtheater wurden auf den Bänken in den Rängen Barricaden gebaut, die von der Polizei gestürmt werden mußten. Die Demonstranten verteidigten sich mit eisernen Rosenstäben. Ein Versuch, das Parlament zu stürmen, konnte rechtzeitig verhindert werden. Nach bisherigen Feststellungen sind 22 Polizeibeamte verletzt und 15 Dienstpferde durch Pfeile verwundet worden. 150 Personen wurden verhaftet, von denen 132 zu 14 Tagen Arrest verurteilt wurden. Zur Beleidigung weiterer Ausschreitungen hat die Regierung die Infanterieregimente aus Innsbruck und Linz und das Artillerieregiment aus dem Prater Verteidigung und Sicherung besetzt.

## Antisowjetwanzen

Die „Dresdner Volkszeitung“, das mutergütige Antisowjetblatt, das in seiner gemeinsamen Hebe gegen Sowjetrußland sogar den Inhalt des antikommunistischen Sondernummers des „Politischen Beobachters“ übertrifft, hat wieder eine Sensation. Wahrhaft man bisher auf dem Weltmarkt Platz zu den Berichten aus Rußland, die die eigenen Parteigenossen gegeben haben, geschwiegen hat, versucht man nun mehr, nachdem der Schwund von den „Polemischen Dörfern“ bei den Arbeitern nicht mehr sieht, die Hebe gegen Rußland auf eine andere Weise zu drehen. Dabei merkt die Volkszeitung gar nicht, wie sie gerade mit diesem Mittel den Beweis erbringt und selbst eingeräumt, daß den Rußland-Delegierten keine „Polemischen Dörfer“, sondern die nackte Wahrheit gesagt wurde. Die Volkszeitung zieht den Bericht des russischen Gewerkschaftsorgans „Trud“, nachdem der Führer der Kommunisten in Perm zu den Delegierten folgendes gesagt haben soll:

„In Deutschland scheidet man in den Zeitungen, daß wir den Ausländern nur das Beste bei uns zeigen. Zeigen wir ihnen deshalb auch das Schlechte. Kübel sie in eure Wohnung, zunächst in die alten Kästen; zeigt ihnen eure Wände; schamt euch gar nicht. Es sind Sowjetwanzen!“

Und der „Trud“, das zentrale russische Gewerkschaftsorgan, schreibt dazu:

„In Rußwo mesh jeder, was das bedeutet. Eine ungeheure Kälte, nicht benötigt mit Arbeitern, Arbeitersinnen und besonders viel Kindern. Doch die starke Konzentration dieser Kaiserin hilft die Männer, große, alte Männer. Außerdem ganze Schwärme von Fliegen. Schlamm lieben die Arbeiter in diesen Kästen: südige Luft, keine Wasserleitung, keine Kanalisation, je 6–7 Personen in einer Kammer — das sind bei weitem keine „Polemischen Dörfer“. Es gibt freilich in Rußwo auch neue Häuser, mit lauderen, hellen Zimmern, es wird auch eine Wasserleitung gebaut. Aber die Wohnungskrise ist trotzdem sehr groß in Rußwo.“

Die Volkszeitung stellt also selbst fest, daß den Rußland-Delegierten das gezeigt worden ist, was auch in Rußland noch verherrlichungsbedürftig ist und was die Sowjetregierung bisher noch nicht beseitigen konnte. Mit diesem Zugeständnis fällt also der ganze Schwund von den „Kästen“ und den „Schwärmen“ Berichten. Wir können der Volkszeitung nur dankbar sein, wenn sie jetzt (wenn auch verschleiern) die Arbeiter entgegen dem bisher betriebenen Schwund anders informiert. Jeder verdiente Arbeiter wird dabei den Widerspruch in der Antisowjetischen Hebe der Volkszeitung feststellen können. Aber eine Dummheit kommt gewöhnlich nicht allein, und so posiert der Volkszeitung noch ein zweiter Schnizer. Die Volkszug schreibt:

„Interessant ist, wie der Berichterstatter die Stimmung der deutschen Bevölkerung angiehts dieser Verhältnisse schildert:“

„Auf die Delegation hat der Besuch der Arbeiterwohnungen einen niederschmetternden Eindruck ausgeübt: „Der russische Arbeiter ist unkultiviert — erklärten sie — bei einem solchen Arbeitslohn, wie mir ihn nicht haben, und bei so billigen Lebensmitteln (2½ mal billiger als in Deutschland) könnte man ein besseres Leben führen.“

Damit steht also die Volkszeitung das fest, was wir so oft geschrieben haben und was bisher von der Volkszeitung bekräftigt wurde, nämlich daß der russische Arbeiter 2½ mal billiger lebt als der deutsche Arbeiter, und dabei einen Lohn erhält, wie ihn der deutsche Arbeiter nicht haben. Wenn nun die deutschen Delegierten in Rußland auch das gesehen haben, was jede kapitalistische Regierung verschleiern möchte, so zeigt die Sowjetregierung vor den Augen der Delegierten und nach den Angaben der Volkszeitung, daß auch in Rußland noch vieles schlecht ist, daß es sogar noch Wanzen in Arbeiterwohnungen gibt, aber sie zeigt auch, daß mit aller Kraft daran gearbeitet wird, daß es besser wird.

Zit. das ein Aufsehen von Kästen? Ist das ein Betrug? Ist das ein Widerspruch?

Nein, diese Schlechten, vom Zarismus übernommenen, durch den Weltkrieg und Bürgerkrieg verschlechterten Wohnungsbedingungen in so kurzer Zeit zu liquidieren, das kann selbst die Sowjetregierung nicht.

Um aber den allerschlimmsten Nebständen abzuwenden, hat die Gemeinde Perm 600.000 Rubel zum Bau von Arbeiterwohnungen ausgeworfen, das verschweigt die „Dresdner Volkszeitung“ geflüstert. Denkt sie vielleicht an die elenden Wohnungsbäßchen in Deutschland, wo der Arbeiter Mietzinssteuern bezahlt muß und trotzdem keine Wohnungen erhält?

Jedenfalls kann aber nach diesem Reinsfall der „Dresdner Volkszeitung“ festgestellt werden: In Rußland werden keine Polemischen Dörfer gehabt, sondern gute Arbeiterwohnungen. Die jetzt noch vorhandenen Sowjetwanzen werden gefroren — und die deutschen Arbeiter werden sich beeilen müssen, auch die „Antisowjetwanzen“ (wenn sie auch etwas größer, gefährlicher und stinkiger sind) in Deutschland zu finden.

## Drohender Streik in der sozialistischen Gütern- und Schwerindustrie

Goschken, 18. August. (Telunion.) Die Gewerkschaften haben das Angebot der Unionen für sozialistischen Gütern- und Schwerindustrie auf eine 3-%-Preiserhöhung des Arbeitslohn abgeschlagen. Die Metallarbeiterverbände haben als letzten Verlust zu einer gütlichen Einigung die Regierungsumformung verhängt angefordert. Gleich die Güte dieses Gewerkschaften, den Groß zu erklären. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Schwerindustrie unter keinen Umständen die Forderungen der Gewerkschaften erfüllen könne, da die Lohnverhöhung der Bergwerksbetriebe eine spätzeitige Kohlenpreiserhöhung noch gezogen habe, die von der Güterindustrie gezwungen werden müsse.

## Zwei Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda verurteilt

Ludwigshafen, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kriegsgericht Landau verhandelte gestern gegen die Genossen Karl und Robert Hamm aus Ludwigshafen wegen Verbreitung antimilitaristischer Schriften, wegen Hassvergehen und Waffenbesitz. Die Anklage behauptet die beiden Brüder, daß sie durch kommunistische Schriften die Besatzungstruppen zum Ungehorsam aufgefordert hätten. Robert Hamm wurde zu drei Jahren Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Karl Hamm zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

## rote Bergarbeiterhundertschaften in England

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die sitzenden Bergarbeiter von Ammanford beschlossen, Arbeiterverteidigungs-Bataillone — also eine Art rote Hundertschaft — aufzustellen und die Bergarbeiter des ganzen Bezirks, in denen es längst zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei gekommen ist, zum selben Vorgehen aufzurufen. Die Ausstellung dieser Arbeiter-Bataillone wird für notwendig erklärt wegen der Thungen, die gegen den Bergarbeiterverbandswirkende Coal gerichtet werden, und weiter wegen der Zusammenarbeit zwischen Polizei und fachlichen Organisationen. Der Bergarbeiterverband hat an die Labour-Partei und an den britischen Gewerkschaftskongress Briefe gerichtet, wobei erklärt wird, es würden militärische und fachliche Kräfte konzentriert, um den organisierten Widerstand des Proletariats gegen das Kapital niederzuschlagen. Die Labour-Partei wird aufgefordert, dagegen eine breite Kampagne in Armee und Marine zu betreiben. Die kapitalistische Presse ist darüber außer sich. Die schwarzmarktreiche Post spricht von einem „roten Verlust zur Eroberung der Armee und Marine“.

## Rußland protestiert gegen die italienischen Zollerhöhungen

Moskau, 17. August. (Telunion.) Zwischen Italien und Italien ist infolge der italienischen Zollerhöhungen ein ernster Konflikt entstanden. Die russische Regierung hat durch ihren Politkoffer in Rom dagegen körte Protest einlegen lassen. Gestern empfing Primo Levi den italienischen Gesandtschaftsträger Moskau und erklärte, wenn Italien die Zollerhöhungen nicht aufzugeben mache, die italienisch-russische Freundschaft hat darunter leiden würde. Von dem Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder könne dann keine Rede sein.

## Schäfcherin bleibt

Paris, 19. August. (Telunion.) Die Sowjetregierung bestimmt amtlich die Meldung, wonach der russische Außenminister Schäfcherin von seinem Posten zurückgetreten sei.

## französische Offensive gegen die Alpen

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Eine offizielle Bekanntmachung meldet, daß eine neue große französische Offensive gegen die Alpen abgegangen ist gestern im Gange ist. Dem Infanterieangriff ging eine starke Beschließung durch Artillerie und Flugzeuggeschwader voraus. Französische Seite wird der Angriff von 25 Bataillonen geführt. Frankreich hat bis jetzt im ganzen 100 Bataillone nach Marokko geführt. Der „Matin“ meldet aus Jez, daß Abd el Krim seine Propaganda unter den Riffleuten neuordnet wieder kräftiger betreibt. Riffleute hätten sich durch die französischen Linien geschlagen und verbreiten im Rücken der französischen Armee Meldungen von angeblichen Siegen Abd el Krim. Abd el Krim versucht noch immer über große Geldbeträge und habe neuerdings wieder Waffen und Munition erhalten.

## Der französische Sozialistenkongress für die Fortführung des Marokkrieges

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) In der vom Parteitag der französischen Sozialdemokratischen Partei angenommenen Resolution heißt es unter anderem, die Sozialdemokratische Partei lehnt jede Verantwortung für den Marokkrieg ab, verlangt die Veröffentlichung der in Madrid ausgearbeiteten Friedensbedingungen für Abd el Krim, die Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifgebietes und die Kontrolle des Riffelbundes. Sie verurteilt dagegen jeden Verlust, die französischen Soldaten zur Verbrüderung mit den Riffleuten oder gar zur Flucht zu verleiten und spricht sich auch stark gegen eine Rücknahme Marokkos aus, da dies für die Zivilisation viel gefährlichere internationale Verwicklungen schaffen würde, als der alte Zustand.

London, 17. August. „Daily Mail“ meldet aus Tangier: Der erwartete Umschwung an der marokkanischen Front ist bisher nicht eingetreten. Die Riffleuten haben bei Jaza an drei Stellen die französische Front erneut durchbrochen und den Rückzug der französischen Truppen auf Jaza zur Folge gehabt. In Rabat sind die Vorbereitungen für einen in Marokko beginnenden Fünfjahreskrieg wahrgenommen.